

IM FOKUS DES VORSTANDS SAV

ALBERT NUSSBAUMER

Vizepräsident des SAV

Neuigkeiten aus dem CCBE*

Zur Erinnerung: Der Rat der Europäischen Anwaltschaften (CCBE) vertritt die Anwaltschaften von 32 Mitgliedstaaten – darunter die durch den SAV vertretene Schweiz – sowie 13 assoziierte Staaten und Staaten mit Beobachterstatus, d. h. über eine Million Anwälte in Europa. Der CCBE ist die Stimme des Berufsstands der Rechtsanwälte in Europa. Der CCBE setzt sich dafür ein, dass der Anwalt die unerlässliche Verbindung zwischen den Bürgern und dem Rechtsstaat herstellt. Mehrere Aktionen des CCBE in den letzten Monaten waren emblematisch für diese Verteidigung des Rechtsstaates, und sie verdienen es, hervorgehoben zu werden.

In einer öffentlichen Erklärung bekundete der CCBE seine Sorge angesichts der potenziellen Einrichtung von «kontrollierten Zentren» und «Rückführungsplattformen» für Migranten. Im vergangenen Juni schlugen die Entscheidungsträger der EU vor, kontrollierte Zentren auf dem Territorium der Europäischen Union einzurichten sowie regionale Rückführungsplattformen in Drittländern, vor allem in den Ländern Nordafrikas. In seiner Erklärung erinnerte der CCBE daran, dass der Flüchtlingsstatus gemäss den europäischen Normen untrennbar mit gewissen Garantien verbunden ist, darunter dem Recht der Asylbewerber auf individuelle Rechtsberatung. Er hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass diese Garantien schon an den derzeitigen Aufnahmeorten nicht gewährleistet sind, vor allem auf der griechischen Insel Lesbos, wo ein gewisser Rechtsbeistand der Migranten nur dank der privaten, im Jahre 2016 durch den CCBE und die deutsche Anwaltschaft lancierten Initiative «European Lawyers in Lesbos» garantiert wird. Abschliessend fordert der CCBE in seiner Erklärung, dass im Fall der Einrichtung neuer Aufnahmestrukturen unbedingt die personellen und finanziellen Mittel vorgesehen werden müssen, die allen Asylsuchenden eine Rechtsberatung durch Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte garantieren.

Der Europäische Anwaltstag 2018 widmete sich dem Thema «Verteidigung der Verteidiger des Rechtsstaates». 2014 lancierte der CCBE die Idee einer einmal jährlich stattfindenden Veranstaltung auf europäischer Ebene, die die Mitgliedsanwaltschaften dazu ermutigt, nationale und lokale Aktivitäten zu einem zentralen, den Beruf des Anwalts betreffenden Thema zu organisieren. Mit dem für 2018 gewählten Thema möchte der CCBE an die wesentliche Rolle erinnern, die die Rechtsanwälte bei der Verteidigung des Rechtsstaates spielen: Die Rechtsanwälte ergreifen Initiativen gegen illegale und rechtswidrige Situationen und verteidigen die Rechte der Bürger. Sie

werden jedoch zunehmend selbst bedroht und Opfer schwerwiegender Angriffe in der ganzen Welt, sogar in europäischen Ländern. Diese Angriffe äussern sich in Form von Überwachung, Drohungen, Belästigung und Verfolgung und sogar Morden. Das Thema «Die Verteidiger verteidigen» soll die Bürger sensibilisieren und dazu befähigen, die Rolle der Anwälte als Förderer und Verteidiger des Rechtsstaates besser zu begreifen. Die Einführung dieser Art von Tagung ist auch für die Schweiz prüfenswert.

Der CCBE erklärte die aktive Unterstützung bedrohter Rechtsanwälte zu einer seiner Schwerpunktaktivitäten. In diesem Zusammenhang unterstützt er eine von ihm angestossene Initiative der parlamentarischen Versammlung des Europarates zur Annahme einer bindenden Europäischen Konvention zum Beruf des Rechtsanwaltes, die derzeit ausgearbeitet wird (vgl. hierzu *Fokus*, Oktober 2017).

Das Bestreben der Verteidigung des Rechtsstaates veranlasste den CCBE auch dazu, zusammen mit anderen internationalen Anwaltsvereinigungen an einer Konferenz teilzunehmen, die vom 7. bis 9. September in Istanbul zum Thema der Normalisierung des Ausnahmezustands in der Türkei stattfand. Wie der CCBE in Erinnerung rief, wurde ab dem gescheiterten Staatsstreich im Sommer 2016 der Ausnahmezustand als Vorwand benutzt, um zahlreiche Rechtsdekrete zu verabschieden. Der Präsident der Anwaltskammer von Istanbul, Rechtsanwalt Mehmet Durakoglu, wies vor Kurzem darauf hin, dass ein Rechtsdekret kein Gesetz, sondern vielmehr das Gegenteil eines Gesetzes darstelle. Die Konferenz erlaubte es den Vertretern des CCBE zum ersten Mal, die Preisträger der CCBE-Menschenrechtspreise von 2016 zu treffen, da diese zum Zeitpunkt der Vergabe nicht das Recht hatten, die Türkei zu verlassen.

In einem anderen Bereich kündigte neulich der CCBE die Veröffentlichung des «*Leitfadens Mediation für Rechtsanwälte*» an. Dieser Wegweiser ist das Ergebnis einer umfassenden Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe für Mediation der Europäischen Kommission für die Effizienz der Justiz (CEPEJ) zur Förderung einer besseren Umsetzung der Mediation in den Mitgliedstaaten des Europarates. Der Hauptzweck des Leitfadens besteht darin, die Anwaltschaft für Mediation zu sensibilisieren und aufzu-

* Freie Übersetzung des Originaltextes in Französisch.

zeigen, welche beruflichen Herausforderungen, Möglichkeiten und Anreize die Mediation neben den Vorteilen für die Mandanten für Rechtsanwälte bietet. Der Leitfaden verschafft einen guten Überblick über die Rolle von Rechtsanwälten in der Mediation. Er wurde in das *Mediation Development Toolkit* (Toolkit zur Entwicklung der Mediation) des Europarats integriert und kann auf der Website des

SAV (www.sav-fsa.ch) und des CCBE (www.ccbe.eu) konsultiert werden.

Der CCBE ist die Stimme der Anwaltschaft in Europa, und er verschafft sich mit seiner Stimme Gehör. Alle Aktivitäten des CCBE zeigen, dass es absolut unerlässlich ist, den Beruf des Anwalts mit äusserster Wachsamkeit zu schützen.